



## Kleine Anfragen für die Fragestunde zur 44. Sitzungsperiode des Landtages von Sachsen-Anhalt

1. Abgeordneter  
Guido Henke  
(DIE LINKE)

### **Mietrechtsnovellierungsgesetz**

Mit dem im März 2015 beschlossenen Mietrechtsnovellierungsgesetz zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten und zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung wurde die sogenannte „Mietpreisbremse“ in diesem Gesetz einerseits gelobt, andererseits als verpasste Chance kritisiert.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wird die Notwendigkeit und Anwendbarkeit des Gesetzes im Land Sachsen-Anhalt beurteilt?
2. Welche Unterschiede und mögliche Perspektiven bestehen diesbezüglich im Vergleich zu anderen Bundesländern?

2. Abgeordnete  
Cornelia Lüddemann  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

### **Jugendpolitisches Programm der Landesregierung**

In der Beschlussrealisierung der Landesregierung vom 19. Februar 2013 mit der Drucksachenummer 6/1816 stellt diese fest: „Die Landesregierung wird entsprechend dem Beschluss des Landtages ein jugendpolitisches Programm im Dialog mit Jugendlichen und Verbänden erarbeiten.“

Der Kinder- und Jugendring übergab im Rahmen seiner Mitgliederversammlung am 14. März dieses Jahres an Minister Bischoff die Ergebnisse seines Projektes „Jugend. Macht. Zukunft“. Dieses Projekt diene dem Ziel, Bausteine für ein jugendpolitisches Programm der Landesregierung zu erarbeiten. Es wurde vom Ministerium für Arbeit und Soziales gefördert und diene damit der Unterstützung der Umsetzung der besagten Beschlussrealisierung.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche nächsten Schritte sind vonseiten der Landesregierung geplant zur Erarbeitung eines jugendpolitischen Programms?
2. Wann ist die Fertigstellung des Programms zu erwarten?

3. Abgeordnete  
Prof. Dr. Claudia  
Dalbert  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

### **Verbesserung der Verkehrsanbindung der Tschechischen Republik**

Wie sich der Internetseite der deutschen Botschaft in Prag entnehmen lässt, ist Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff am 3. März 2015 zu politischen Gesprächen nach Prag gereist. Inhalte der politischen Gespräche waren neben der Nutzung von Braunkohle auch die Verbesserung der Verkehrsanbindungen (PKW, Schiff, Bahn).

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Position hat Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff bezüglich der Verbesserung der Verkehrsanbindungen per Schiff gegenüber der tschechischen Regierung vertreten?
2. Wurde ebenfalls besprochen, wie eine ganzjährige Schiffbarkeit der Elbe hergestellt werden kann und welche Maßnahmen dabei in Betracht gezogen werden würden?

4. Abgeordnete  
Monika Hohmann  
(DIE LINKE)

### **Geplante Erhöhung des Kindergeldes**

Am 20. April dieses Jahres kritisierte der Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff die Bundesregierung scharf für die geplante Erhöhung des Kindergeldes. Diese sei wesentlich zu niedrig und führe deshalb zu „negativen Reaktionen“, so der Ministerpräsident. Am 8. Mai wurde vom Bundesrat die Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags“ beschlossen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche „negativen Reaktionen“ sieht der Ministerpräsident infolge der geringen Erhöhung des Kindergeldes und wie hat sich Sachsen-Anhalt bei den Abstimmungen im Bundesrat verhalten?
2. Welche weiteren Schritte plant die Landesregierung, um eine spürbare Verbesserung des Kindergeldes zu erreichen?

5. Abgeordneter  
Sebastian Striegel  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

### **Briefaffäre in Wernigerode**

In der Briefaffäre um Wernigerodes Oberbürgermeister Peter Gaffert und die von ihm geführte Kommunalverwaltung räumt der Betroffene Fehler und Versäumnisse ein. Wie Gaffert in einer Erklärung verlauten ließ, bedauere er, detaillierte Informationen über seinen Wehrdienst nicht ungefragt und früher öffentlich gemacht zu haben.

Der Brief, in dem Gafferts Wehrdienst thematisiert wurde und der an die bündnisgrüne Stadträtin Sabine Wetzel adressiert war, wurde im Ratsbüro geöffnet und dessen Inhalt Dritten offenbart.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie stellt sich nach bisherigem Kenntnisstand die Sachlage für die Landesregierung dar, insbesondere handelt es sich bei dem bekanntgewordenen Vorfall des Öffnens und der Weitergabe eines Briefes tatsächlich um eine übliche und ggf. über Jahre andauernde Verwaltungspraxis der Wernigeröder Stadtverwaltung?
2. Wer trägt für das Öffnen des Briefes und die nicht autorisierte Weitergabe des Inhaltes Verantwortung?

6. Abgeordnete  
Bianca Görke  
(DIE LINKE)

### **Arbeitsbündnis Jugend und Beruf**

Das Arbeitsbündnis Jugend und Beruf zielt auf die Kompetenzbündelung verschiedener Träger zur Förderung der beruflichen Integration junger Erwachsener. Einige Bundesländer sind in der Umsetzung des Arbeitsbündnisses, zum Beispiel bei Stellenbesetzungen sowie der Schaffung rechtlicher Grundlagen weiter fortgeschritten als Sachsen-Anhalt.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchem Umfang leistet die Landesregierung einen Beitrag zur Umsetzung des Arbeitsbündnisses Jugend und Beruf?
2. Wodurch und in welchen Punkten ergeben sich Unterschiede im Verfahrensstand im Vergleich zu anderen Bundesländern, insbesondere zum Freistaat Thüringen, der von derselben Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit betreut wird?